Deutsche Allgemeine Zeitung

(früher „Norddeutsche Allgemeine Zeitung").

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 10,80, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen, ferner Berlin bestellt man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 II.
Fernsprecher: Schriftleitung: Zentrum 214, 964, 965, 1580, 1582, 1583
Für Nachtgespräche 1580
Geschäftsstelle Lützow 1903, 3246, 3394
Postscheckkonto Berlin 25 439.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Grundpreise von 1 Mark für die neungespaltene Zeile im Anzeigenteil und 3 Mark für die viergespaltene Zeile im Reklameteil entgegen. Stellengesuche und Familienanzeigen die Zeile 50 Pf. Auskünfte sind zu richten an die Anzeigen-Abteilung, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32.

Nr. 135. [58. Jahrgang.] Donnerstag 20. März 1919. Abend-Ausgabe. [58. Jahrgang.] Nr. 135.

Ein angeblicher Brief Kühlmanns.

Eine Erfindung der französischen Presse.

Die französische Presse greift zu immer neuen Mitteln, mit denen die Schuld Deutschlands auch an der Verlängerung des Krieges bewiesen werden soll. Jetzt hat das „Echo de Paris", das eigentlich auf die Wahrung seines politischen Kredits größeren Wert legen sollte, einen angeblichen Brief des früheren Staatssekretärs v. Kühlmann ausgegraben. Unser Basler Berichterstatter drahtet uns darüber:

B. Basel, 19. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einem Pariser Havasbericht veröffentlicht das „Echo de Paris" aufzugsweise einen Brief des früheren Staatssekretärs von Kühlmann, der ein getreues Abbild der von den früheren Machthabern in Deutschland noch immer genährten Hoffnungen bildet. Kühlmann soll danach gesagt haben, daß die Ereignisse den Lauf nähmen, den er in einem Brief vom 12. Januar vorausgesagt habe. Marschall Foch habe seinen Degen wieder eingesteckt, Frankreich sei nicht mehr zu fürchten. Die Ukrainer und die Bolschewisten erhielten neue Verbündeten, unter denen er auch die Unbesonnenheit der französischen Machthaber rechnete, die über die Rückgewinnung Elsaß-Lothringens an Frankreich ganz vergäßen, die Fortschritte des Bolschewismus zu beachten. „Im August 1920," so habe Kühlmann geschrieben, „werden wir unter günstigeren Bedingungen in Paris sein. Während die Länder ihre Abrüstung pflegen, wird sich der Bolschewismus erheben, Polen und Rumänien werden zusammenbrechen und das deutsche Volk wird rascher, als man annimmt, wieder erstehen."

Herr v. Kühlmann, dem wir von diesem Telegramm mit der Bitte um Aeußerung Kenntnis gaben, kennzeichnete die Erfindung des französischen Blattes wie folgt:

Obstfadt, 20. März. Soweit ich aus ihrer Drahtung urteilen kann, sind mir diese Gedankengänge fremd. Ich pflege von wichtigeren Briefen Kopien oder Notizen zu bewahren, kann aber weder unter dem 12. Januar noch später ein Schreiben dieser Art finden. Mein Urteil nach dem bisher vorliegenden lautet also: Absolute Fälschung oder gänzlich sinnentstellende Wiedergabe. Ich wäre für die Mitteilung des Originals dankbar, sobald der Wortlaut des Artikels vorliegt.

Fahren die Schiffe aus?

Viele von uns waren früher gewöhnt, den Leuten von der Waterkant ein größeres Maß weltpolitischen Denkens in allen sozialen Schichten zuzutrauen, als der binnenländischen Bevölkerung. Es war eine weitverbreitete Ansicht, das Bewußtsein des Wertes der freien See liege den seefahrenden Klassen so im Blut, daß ihnen das Durchhalten bis zum Aeußersten ein einfaches Gebot der Selbsterhaltung bedeutet. — Die Revolution, die von Kiel und Hamburg ausging, hat diesen frommen Glauben zerstört; das Wort „Matrose" ist heute für viele — sicher häufig zu Unrecht — gleichbedeutend mit „Spartakist". Und nun kommt in dem Augenblick, da Millionen kungriger Augen auf die Schiffe gerichtet sind, die endlich auslaufen sollen, um unser täglich Brot nicht etwa zu vergrößern — nein, nur gerade bis zur neuen Ernte weiter sicherzustellen, — da kommt die Nachricht, daß die Männer, die dem ganzen Vaterlande diesen gar nicht großen Dienst leisten sollen, indem sie die Lebensmittel holen, versagen; versagen aus Gründen reinsten Eigennutzes, aus Sorge um die eigene nächste Sicherheit, die sie bemänteln mit der angeblichen Sympathie zum russischen Bolschewismus!

Ein schwacher Trost ist es, daß in der Versammlung, die den schmachvollen Beschluß faßte, viele Anwesende gar nicht Seeleute waren, daß die Mehrheit bei der Abstimmung nicht sehr stark gewesen ist. So ist zu hoffen, — und dieses Gefühl teilet auch, wie wir hören, die Regierung, auf deren Veranlassung Donnerstag vormittag neue Verhandlungen mit den Seeleuten in Hamburg eingeleitet worden sind —, daß der feiner Ehre und seiner Menschenpflicht bewußte Teil der Seeleute, besonders die vom Frontsoldatenseelsorgerdienst ergonitierten, doch noch ein Einsehen haben und die Lage retten wird, von der nicht nur unser der Entente gegebenes Wort, sondern auch das Wohl der ganzen Nation abhängt. F.C.W.

Die Mehrheit der Seeleute für die Ausfahrt.

Eigene Drahtmeldung.

A. **Hamburg**, 20. März.

In dem gestrigen Beschluß der vom spartakistischen Seemannsbund hinterlassenen Versammlung der Seeleute, die Vollversammlung der Seeleute aller Chargen verweigere die von der Entente geforderte Auslieferung der deutschen Flotte, nahmen noch am gestrigen Abend der Verband deutscher Seeschiffervereine (Hamburg), der Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine, der Verband deutscher Schiffs-ingenieure (Hamburg) und der Verband technischer Schiffsoffiziere in einer Versammlung Stellung. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der sich die Verbände ganz entschieden gegen die Behauptung des Seemannsbundes wenden, wonach Seeleute aller Grade im Dienst auf deutschen Schiffen im Sinne des Brüsseler Abkommens verweigern. Es wird in der Entschließung im Gegenteil zum Ausdruck gebracht, daß die Verbände fest davon überzeugt sind, daß die Kapitäne, nautischen und technischen Schiffsoffiziere jederzeit bereit sein würden, im Interesse einer gesicherten Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes unsere Schiffe im Sinne des Brüsseler Abkommens zu besetzen. Auch die im Deutschen Transportarbeiterverband (Sektion Seeleute) gewerkschaftlich organisierten Seeleute erklären sich trotz der ungemein harten Bedingungen des Brüsseler Abkommens im Interesse der Lebensmittelbeschaffung bereit, mit den deutschen Handelsschiffen in See zu gehen. In einem in später Abendstunde verovteten Flugblatt weisen sie die deutschen Seeleute auf die ungeheure Verantwortung hin, die sie mit ihrer Entscheidung übernehmen.

In dem Flugblatt heißt es unter anderem:

„Weigern sich die deutschen Seeleute, die deutschen Schiffe nach den feindlichen Häfen zu überführen, so drohen unsere Feinde, sie mit eigenen Kräften und unter dem Schutze ihrer Kanonen zu holen. Werden die deutschen Schiffe nicht sofort und sobald als nur irgend möglich ausgeliefert, so gelten die Waffenstillstandsvertragsbedingungen als nicht erfüllt. Dem deutschen Volke werden dann die Lebensmittel verweigert, und die Hungerblockade bleibt bestehen. Deutsche Seeleute, das ist die Entscheidung, vor die Ihr gestellt seid. Trefft sie nach Vernunft und besserer Einsicht. Niemand kann die Verantwortung für die Folgen tragen, wenn sich Eure Entscheidung gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse richtet."

Man hofft in Arbeiterkreisen, daß bei der überwiegenden Mehrheit ihrer Seeleute die bessere Einsicht siegen wird. Allerdings ist Voraussetzung, daß die fahrtwerten Seeleute gegen den Terrorismus des radikalen Seemannsbundes geschützt werden.

Deutsch-Oesterreichs Selbstbestimmungsrecht.

Wien, 19. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der Vertreter der „Mittagszeitung" hatte eine Unterredung mit einem hervorragenden Publizisten des Verbandes, der sich als unentwegter Anhänger des Selbstbestimmungsrechts bekannte. Ich weiß, bemerkte der Gewährsmann, daß Amerika von diesem Grundsatz nicht abgeht und Wilson es durchsetzen wird. Ein entgegengesetztes Verhalten wäre für die Verbündeten verderblich, da die unterdrückten Völker zur Verzweiflung und in die Arme des Bolschewismus getrieben würden, der auch die Verbandsstaaten nicht verschonen würde. Wenn Deutsch-Oesterreich fest bleibt, seine Ruhe bewahrt, so besteht kein Zweifel, daß die Verbündeten ihm das Selbstbestimmungsrecht zubilligen werden. Dafür bürgen Wilson und dessen Landsleute. Chauvinismus und Imperialismus dürfen den Befreiungskrieg des Verbandes nicht mit einem Gewaltfrieden endigen lassen, wodurch er zu einem Schulbeispiel der Heuchelei geltenspielt würde.

Die Posener Verbandsnote.

Der Abbruch.

Berlin, 20. März.

Die Note, durch welche Botschafter Noulens, der Vorsitzende der Interalliierten Kommission in Posen, dem Vorsitzenden der deutschen Unterkommission, Freiherrn von Reichenberg, den Abbruch der Verhandlungen mitteilte, lautet in der Uebersetzung folgendermaßen:

„Herr Präsident!

Ich habe gestern abend den Brief erhalten, in welchem Sie mich davon in Kenntnis setzen, daß Ihre Regierung, bevor Sie eine definitive Entscheidung trifft, bezüglich des Modus der Ernennung für die paritätische Oberkommission in Posen, die im Titel IV, Artikel I, § 2 vorgesehen ist, es wünscht, die polnische Behörde mit einer Anfrage zu befassen, die von dem Herrn Minister Erzberger ausgeht.

Die Internationale interalliierte Kommission, welche als äußerste Frist für den Abschluß der Verhandlungen den 18. März mitternacht festgesetzt hat, kann sich nicht bei diesem neuen Vorschlag aufhalten. Er wäre übrigens in jeder Sachlage unzulässig gewesen, weil die Beiperhandlungen einzig und allein zwischen Ihrer Delegation und der unsrigen geführt worden sind, allein im Sinne unserer bezüglichen Regierungen.

Die deutsche Regierung hat die Lösung schon zu lange hinausgeschoben. Sie ist zu verschiedenen Malen zurückgekommen auf die Abmachungen, welche ohne Schwierigkeiten von ihrer Delegation angenommen worden waren. Sie hat zuerst ihre Delegierten unter dem Vorwand zurückberufen, mit ihnen zu beraten und hat sie dann ohne genügende Weisungen zurückgeschickt.

Die deutsche O.H.K. hat ihrerseits die Dinge kompliziert dadurch, daß sie ihrem zuständigen Vertreter, dem General von Dommes, untersagt hat, das Abkommen zu unterzeichnen, welches unter seiner Mitwirkung redigiert worden war. Die militärischen Behörden scheinen es demnach abzulehnen, mit der Zivilgewalt eins zu gehen.

Schließlich hat auch Herr Minister Erzberger darauf bestanden, in eine Waffenstillstandskommission einen Vertreter des Papstes oder der Schweizer Eidgenossenschaft einzuführen, und auf die Garantie, welche wir ihm dadurch gegeben haben, daß wir die Wahl des Vorsitzenden durch die Internationale permanente Waffenstillstandskommission in Spaa vornehmen lassen wollen, antwortet er ungnädigt Ihrer Zustimmung mit einem ungeheuerlich unannehmbaren Angebot.

Die Interalliierte Kommission kann sich nicht länger zu einer Taktik hergeben, welche die Absicht durchblicken läßt, den Verpflichtungen auszuweichen, welche sich für die deutsche Regierung aus dem Artikel I des Waffenstillstandsabkommens vom 16. Februar 1919 ergeben. Sie betrachtet daher ihre Mission als beendigt und wird Posen heute abend verlassen. Die polnische Regierung ist benachrichtigt und wird in Benehmen mit Eurer Exzellenz alle Maßnahmen treffen, welche die Abreise der deutschen Delegation von heute ab ermöglichen. Um den alliierten Regierungen zu gestatten, den verbrecherischen Geist zu würdigen, welcher unsere Kommission ständig beseelt hat, richten wir an Sie den Vorschlag des Vertragsentwurfes, dessen Abschrift beigefügt ist, indem wir bitten, ihn dann Marschall Foch zu übermitteln, als Teil der Ausführungsbestimmungen des allgemeinen Waffenstillstandes."

* * *

Diese Note des Botschafters Noulens geht um den eigentlichen Kernpunkt herum. Durfte die deutsche Regierung dadurch, daß sie von vornherein den Gegnern die Mehrheit in der Oberkommission zugestand, die endgültige Entscheidung über das persönliche Schicksal der Deutschen und Polen restlos in die Hände der Alliierten legen? Das durfte die deutsche Regierung nicht!

Deshalb blieb sie bei ihrem Vorschlag und wies ihre Unterhändler, die in allen sonstigen Fragen freie Hand halten, streng an, in diesem einzigen Punkt auf jede Gefahr hin fest zu bleiben.

Rückkehr der Posener Abordnung.

Die deutsche Kommission, die in Posen über die Ausführungsbestimmungen des Waffenstillstandes zu verhandeln hatte, ist heute früh zurückgekehrt. Aus zahlreichen Teilen der Ostprovinzen, besonders aus Ost- und Westpreußen, geht den Reichsbehörden eine Fülle von Telegrammen zu, in denen sehr viele Gemeinden ihre Ergebenheit zum deutschen Volke erklären und ersuchen, sie westlich der Demarkationslinie zu lassen.

Die angeblichen Verletzungen des Schießerlasses.

Von zuständiger Seite erfahren wir: Infolge der Berichte über die Matrosenerschießungen in der Französischen Straße ist der Reichspräsident sofort beim Reichswehrminister vorstellig geworden, um die nötige Aufklärung dieser Vorgänge umgehend besorgen zu lassen. Daraufhin ist die gerichtliche Untersuchung dieser Vorfälle eingeleitet worden. Ebenso werden alle anderen Vorkommnisse, bandie es sich um einfache Uebergriffe oder insbesondere um Verletzungen des Schießerlasses, auf das sorgfältigste und strengste geprüft und durch gerichtliches Verfahren erledigt werden. Auch sind alle Vorkehrungen getroffen worden, um etwaige Wiederholungen unsachgemäßer Durchführung der Dienstbefehle unter allen Umständen zu verhindern.

Die Zusammensetzung der Regierungstruppen.

Die linksradikale Presse wird nicht müde, zu versichern, daß sich die Regierungstruppen nur aus Angehörigen der besitzenden Klassen zusammensetzen. Das ist unwahr. Nichts beweist das schlagender, als eine willkürlich herausgegriffene Berufsstatistik der 4. Kompagnie des Regiments Reinhard. Unter 141 Mannschaften waren 134 aktive Soldaten. 34 Arbeiter, 26 Kaufleute, 4 Landwirte, 47 Handwerker, 7 Beamte, 4 Techniker, 2 Heilgehilfen, 2 Schüler und 1 Artist.

Parteikämpfe in Finnland.

Eigene Drahtmeldung.

St. **Helsingfors**, 19. März.

Das Stadtgericht Helsingfors verurteilte den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei, Senator Tanner, wegen des Drucks und der Verbreitung einer strafbaren Schrift zu zwei Monaten Gefängnis. Es handelt sich um ein während des Waffenkampfes erschienenes Flugblatt unter dem Titel: „Auf aus der Nacht der Unterdrückung!" In mehr als einer dreistündigen Verteidigungsrede verlas Tanner eine umfangreiche Denkschrift, durch die er den Wahrheitsbeweis für die in dem Flugblatt enthaltenen Anschuldigungen zu erbringen suchte. Die Schrift behandelt die Geschichte der roten Aufruhrs und gibt die Zahl der auf der Seite der Roter Gebliebenen und Hingerichteten auf 15 317 an, worin die Zahl der in den Gefängnissen zugrunde Gegangenen nicht eingerechnet sei, die auf weitere 15 000 geschätzt werde. Die Schrift richtet ferner Anklagen gegen die ungesetzliche Tätigkeit des durch die Ausschließung der sozialistischen Mitglieder verstümmelten Landtags.

Ohne Zweifel ist das Urteil gegen Tanner, in dem die hiesige Sozialdemokratie einen Führer der neuen gemäßigten Richtung erblickt, hochgradig geeignet, der vorhandenen Erregung in den Arbeitermassen frische Nahrung zuzuführen und dies gerade zu einem Zeitpunkt, wo die Aufregung der Massen rings in Europa ihren Gipfelpunkt entgegen geht. Eine Bestätigung des Urteils durch das Obergericht steht noch aus.

Aufhebung der Blockade am 1. Mai?

Rotterdam, 19. März. „Morningpost" meldet: Lloyd George wird am 3. April voraussichtlich nach England zurückkehren, um die gesetzgeberischen Maßnahmen für die vollständige Aufhebung der Blockade vorzubereiten. An der Aufhebung der Gesamtblockade für den 1. Mai ist nicht mehr zu zweifeln.

Amsterdam, 20. März. In der gestrigen Sitzung des englischen Unterhauses erklärte Austen Chamberlain während der Debatte über die Finanzlage: Je eher die Blockade aufgehoben werden könne, um so angenehmer sei es den Alliierten, denen es willkommen wäre, wenn Deutschland einen Teil seiner Versorgung aus neutralen Ländern beziehen könnte.

Die Völkerbundkonferenz in Bern.

Von

Dr. Hans Wehberg.

Wir lassen in folgendem über die außerordentlich wichtigen Vorgänge auf der Berner Völkerbundkonferenz einen Teilnehmer an den Verhandlungen zu Worte kommen.

Die Berner Völkerbundkonferenz, die vom 6. bis 13. März 1919 von den bekannten Pazifisten de Jong van Beek en Donk und Broda einberufen worden war, litt von vornherein unter der Tatsache, daß die feindlichen Staaten nur recht spärlich vertreten waren. Frankreich fehlte vollkommen; die wenigen Delegierten, die man noch bis zum Schluß der Konferenz aus Frankreich erwartete, konnten keinen Paß bekommen. Italien war durch zwei Personen, u. a. durch Prof. Michels, vertreten, die aber kein Mandat von irgendeiner Friedensgesellschaft hatten und dem Kongreß lediglich als Privatpersonen beiwohnten. Von amerikanischer Seite hatte man sich ebenfalls wenig an der Tagung beteiligt. Es war nur ein Deutschamerikaner zugegen, der seinen ständigen Wohnsitz in der Schweiz hat. Dagegen waren drei Engländerinnen zu dem Kongreß erschienen, die im Verlauf der Verhandlungen eine bedeutsame Rolle spielten. Es waren dies Frau Snowden, Frau Byrne und Fräulein Fry, die Tochter des bekannten englischen Delegierten zur zweiten Haager Friedenskonferenz. Frau Snowden, die eine der glänzendsten Rednerinnen des Kongresses war, protestierte wiederholt gegen die Blockadepolitik Englands; sie hielt in keiner Beziehung mit ihrer Kritik gegenüber ihrem Vaterland zurück und erntete von der Konferenz dafür lebenden Beifall. Ermöglicht ist ferner, daß sich auch ein Russe, Baron von Wrangel, der aber auch nicht eigens zu der Konferenz gekommen war, sondern in der Schweiz wohnt, an den Verhandlungen rege beteiligte. Von neutraler Seite waren vor allem eine Dänin, mehrere Holländer und zahlreiche Schweizer auf der Konferenz zugegen. Sehr stark war die deutsche Beteiligung. Ernannt seien der bayerische General Graf Montgelas, Unterstaatssekretär a. D. von Gerlach, die Professoren Schücking, Mendelsohn-Bartholdy, Brentano und Francke, Kammergerichtsrat Felix Meyer, sodann von bekannten Pazifisten Frau Dr. Stöcker, Willi Jannasch, Nicolai usw. Von den Oesterreichern verdienen besonders die Professoren von Laun und Lammasch hervorgehoben zu werden.

Kein Zweifel, daß die Teilnahme so hervorragender Persönlichkeiten wie z. B. Schücking, Lammasch, Brentano usw. die Arbeiten des Kongresses in hohem Maße förderte. Diese vollzogen sich zunächst in Kommissionen, die ihrerseits einen Berichterstatter ernannten, der dem Plenum referierte. Innerhalb des Plenums kamen im allgemeinen viel radikalere Elemente zur Geltung als in den Kommissionsberatungen. So ist es charakteristisch, daß nach dem Mehrheitsbeschluß der Konferenz die völkerrechtliche Gesetzgebung zukünftig ganz ausschließlich von einem Weltparlament ausgeübt und von der Zuziehung eines Staatenoberhauses abgesehen werden soll. Bekanntlich sieht der Pariser Entwurf nicht einmal ein Zweikammersystem vor, sondern beantragt mit der völkerrechtlichen Gesetzgebung ganz ausschließlich die Delegierten der Mitgliedstaaten des Völkerbundes. Die Kommissionen hatten beschlossen, ein Zweikammersystem zu empfehlen, das Plenum aber zog es vor, sich für den radikalen Vorschlag der Einsetzung lediglich eines Weltparlaments zu entscheiden, ein Gedanke, der übrigens sogar von Mendelsohn-Bartholdy unterstützt wurde.

Die Hauptaufgabe der Konferenz bestand darin, die einzelnen Bestimmungen des Pariser Völkerbundentwurfs kritisch zu beleuchten und evtl. Verbesserungen zu empfehlen. Insbesondere fand die Zusammensetzung des ausführenden Rates in dem Pariser Völkerbundentwurf scharfe Kritik. Desgleichen wurde in einer von Grafen Montgelas eingebrachten Resolution hervorgehoben, daß nationale Sicherung, geographische Lage und ähnliche Gesichtspunkte, die jedes Land seinem Interesse entsprechend verschieden auslegen kann, nicht als Maßstab für die Höhe der Rüstungen herangezogen werden dürfen, wie dies im Pariser Völkerbundentwurf geschehen ist. Die Kommission hatte sich dafür ausgesprochen, daß die militärische Dienstpflicht gleichzeitig in Wegfall kommen soll. Dagegen sollte die Wehrpflicht nicht beseitigt werden. Das Plenum war radikaler und nahm auf Antrag des Barons Wrangel und des ungarischen Schriftstellers Lazo die Bestimmung auf, daß niemand gezwungen werden könne, im Dienste eines Verbandes oder anderen Menschen zu töten. Besondere Kritik fanden ferner die Bestimmungen des Pariser Entwurfs über Arbeitergesetzgebung, über Kolonien sowie Verkehrsfreiheit, die die Konferenz einstimmig als nicht weitgehend genug erachtete. Bezüglich der Arbeitergesetzgebung stellte man sich auf den Boden des Berner Programms von 1913, bezüglich der Kolonien verlangte man, daß sie, soweit sie keine eigene Selbstverwaltung besitzen, unter die Aufsicht des Völkerbundes gestellt würden. Man trat ferner für das Prinzip des Freihandels ein.

Sehr bedeutsam ist, daß die Berner Konferenz sich auf den Standpunkt stellte, daß fortan innerhalb des Völkerbundes kein Krieg zwischen Völkerbundstaaten mehr möglich sein dürfe. Bekanntlich läßt der Pariser Entwurf die Möglichkeit offen, für den Fall, daß das Gutachten des ausführenden Rates nicht einstimmig erfolgt, den Krieg zu beginnen. Man empfahl, der Idee etwa des schweizerischen Regierungsentwurfes zu folgen, der den Staaten nur die Möglichkeit läßt, einmeder das Gutachten des Vermittlungsrates anzunehmen oder den Streit einem Schiedsspruch zu überweisen. Die Konferenz kam ferner zu der Ueberzeugung, daß die Freiheit der Meere nur gesichert werden könne, wenn unter den Mitgliedern des Völkerbundes jede Kriegsmöglichkeit ausgeschlossen würde. Der Kongreß trat schließlich im Gegensatz zu den Pariser Entwurf dafür ein, daß bereits im Völkerbundentwurfe Richtlinien zur Lösung des Nationalitätenproblems geschaffen würden.

Da sich der Gesandte eines der Ententemächte den Einberufern der Konferenz gegenüber bereiterklärte, die Beschlüsse der Berner Konferenz auf schnellstem Wege Wilson zur Kenntnis zu übermitteln, so darf man übrigens sein, daß man in Paris die Berner Beschlüsse nicht ohne jede Beachtung lassen wird. Damit ist natürlich noch nicht gesagt, daß sie in Wahrheit auch berücksichtigt werden. Immerhin darf man aus der Tatsache, daß man neuerdings Vertreter neutraler Staaten